



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 64. Ratssitzung vom 25. Oktober 2023

2402. 2023/165

**Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 29.03.2023:  
Chancengerechtere Gestaltung der Übergänge von der Volksschule in die  
weiterführenden Bildungsinstitutionen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1622/2023): In dieser Motion geht es um Chancengerechtigkeit rund um den wichtigen Übertritt nach der dritten Sekundarklasse in die Berufslehre, verbunden mit dem Übertritt in die Berufsschule oder Berufsmaturitätsschule, sowie den Übertritt aus der Volksschule an die Gymnasien und weitere Mittelschulen. Aus Zeitgründen fokussiere ich auf die Übergänge von der Volksschule ans Gymnasium. Bereits bei der Anmeldequote ans Gymnasium gibt es grosse Unterschiede zwischen den Schulkreisen. Im Schulkreis Zürichberg gibt es zahlreiche sechste Klassen, in denen sich über siebzig Prozent der Schülerinnen und Schüler für das Langzeitgymnasium anmelden. In einem anderen städtischen Schulkreis sind es knapp fünfundzwanzig Prozent der Sechstklässler, die sich für das Langzeitgymnasium interessieren. So grosse Unterschiede sind bedenklich. An der Aufnahmeprüfung ans Lang- und Kurzzeitgymnasium wird fachlich mehr verlangt, als im regulären Unterricht der Primarschule beziehungsweise der Sekundarschule vermittelt wird. Darum ist eine sorgfältige Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung zwingend nötig. Die Volksschule bietet kostenlos entsprechende Kurse an. Das ist gut so. Leider sind die Vorbereitungskurse je nach Schule von unterschiedlicher Qualität. Aufgrund der Rückmeldungen von Jugendlichen und Eltern stelle ich fest, dass manche Kurse eine gute Prüfungsvorbereitung gewährleisten – es gibt aber auch lausige Kurse. Zudem fangen die offiziellen Kurse relativ spät an, meist erst Ende Oktober. Kein Wunder, dass in dieser Situation zahlreiche Eltern zusätzlich private Vorbereitungskurse für ihr Kind buchen. Diese erhöhen die Chance, die Prüfung zu bestehen. Der Haken: Die privaten Kurse sind teuer. An einem bekannten Zürcher Lerninstitut kostet ein Prüfungsvorbereitungskurs dreitausend Franken. Das können sich nicht alle Eltern leisten. Folglich haben die Gymi-Anwärter aus einem Elternhaus mit tiefem sozioökonomischem Status weniger Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Das ist tatsächlich so und lässt sich durch die Aufnahmequote an den einzelnen Gymnasien der Stadt Zürich belegen. An der Kantonsschule Zürich-Nord bestehen 43 Prozent der Angemeldeten die Aufnahmeprüfung. An der Kantonsschule Rämibühl sind es gut 60 Prozent, obwohl alle ungefähr die gleichen Vornoten aufweisen und dieselbe Aufnahmeprüfung absolvieren. Bei begabten Kindern aus sozial benachteiligten Schichten summieren sich also zwei Effekte. Die Anmeldequote für die Aufnahmeprüfung ist tiefer und bei den Angemelde-*



ten ist die Quote der Bestehenden tiefer. Natürlich wäre es am einfachsten, das Langzeitgymnasium abzuschaffen. Damit hätte das Zürcher Bildungssystem einen Übergang weniger und die Chancen wären gerechter. Das muss aber auf kantonaler Ebene getan werden. Auf städtischer Ebene gibt es folgende Handlungsmöglichkeiten, die in der Motion vorkommen: Volksschulen sollen intensive, qualitativ hochstehende Prüfungsvorbereitungskurse anbieten. Die Kurse sollen allen Kindern und Jugendlichen gratis offenstehen und während dem ganzen Herbstsemester stattfinden. Begabte und leistungsbe-reite Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Verhältnissen sollen an den Übergängen intensiv gefördert werden. Solche Programme sollen in allen Schulkreisen unentgeltlich angeboten werden; im Herbstsemester zur Vorbereitung der Aufnahmeprüfung, im Frühlingsemester zur Vorbereitung des Übertritts. Zudem sollen Angebote geschaffen werden, um die Schülerinnen und Schüler der Volksschule gut und chancengerecht auf die Eignungstests für die verschiedenen Berufslehren und die entsprechenden Berufsschulen vorzubereiten. Mit dieser Motion nehmen wir ein Anliegen aus dem abge-schriebenen Postulat GR Nr. 2018/317 der SP auf. Im März 2019 hatte der Gemeinderat das Postulat überwiesen und damit den politischen Willen zum Ausdruck gebracht, die Chancenungleichheit an den Übergängen zu verringern. Seither wurde hinter den Kulissen gearbeitet. Für die Jugendlichen hat sich aber noch nichts verändert. Der Stadtrat weist in seiner Stellungnahme zur Motion auf einen neuen Beschluss der Schulpflege vom 29. August 2023 hin. Er umfasst einige Punkte unserer Motion. Drei Differenzen gibt es noch. Erstens ist uns wichtig, dass die Kurse zur Vorbereitung der Aufnahmeprüfung nach den Sommerferien und nicht erst nach den Herbstferien anfangen, weil auch die privaten Kurse Ende August starten und eine sorgfältige Vorbereitung der Aufnah-meprüfung tatsächlich ein halbes Jahr dauert, wie Experten bestätigen. Zweitens will die Schulpflege die speziellen Programme, die sich an Jugendliche aus sozial benachteilig-ten Verhältnissen richten, nur für den Übergang von der Sekundarschule ans Kurzgym-nasium anbieten. Wir sind der Meinung, dass es sie auch an den anderen Übergängen geben soll, wo die Chancengerechtigkeit ebenso wichtig ist. Drittens sollen Kinder mit sozial benachteiligter Herkunft nach bestandener Aufnahmeprüfung weiter begleitet wer-den. So wird sichergestellt, dass der Übertritt an die weiterführenden Schulen gelingt. Aus der Stellungnahme des Stadtrats geht hervor, dass die Schulpflege unser Anliegen ernst nimmt. Darum sind wir bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für den Vorsteher des Schul- und Sport-departements die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Die Motion fordert verschiedene Kursangebote, die Schülerin-nen und Schüler von städtischen Volksschulen auf Prüfungen von anschliessenden Bil-dungsinstitutionen vorbereiten sollen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das Anliegen nicht in eine Motion gehört, da es unmittelbar darauf abzielt, Stellen zu schaffen. Die Kompetenz des Stadtrats, Stellen zu schaffen, kann auch via Budgetergänzungen nicht unterlaufen werden. Inhaltlich gehen die zehn Empfehlungen aus der Antwort des Stadt-rats in dieselbe Richtung wie die Anliegen der Motion und ergänzen sie. Die ersten fünf Antworten auf das Postulat sollen jetzt umgesetzt werden: Minimalstandards anpassen und schärfen, standardisiertes Programm und Unterlagen zusammenstellen, Kommuni-kation mit den Eltern verbessern, Massnahmen zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit



und eine politische Diskussion mit der Bildungsdirektion lancieren. Werden diese Empfehlungen durchgesetzt, sind die Forderungen der Motion erfüllt. Corona hat die Umsetzung der Empfehlungen verzögert. Die Schulpflege hat die Umsetzung der Massnahmen zur Prüfungsvorbereitung für die Mittelschulen inklusive der Berufsmittelschulen und Stärkung des dualen Bildungssystems erst am 29. August 2023 beschlossen. Das Schulamt wird nun die Umsetzungsmassnahmen ausarbeiten. Das Volksschulamt hat ausserdem momentan eine Gesetzesrevision in der Vernehmlassung, die Gemeinden dazu verpflichten soll, ein Angebot zur Aufnahmeprüfung für Maturitätsschulen bereitzustellen. All diese Massnahmen gehen über die Forderungen der Motion hinaus. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, sie als Postulat entgegenzunehmen.

**Stefan Urech (SVP):** Alle paar Jahre wird in einem Vorstoss die fehlende Chancengleichheit bei der Gymnasiumprüfungsvorbereitung beklagt. In all diesen Vorstössen wird suggeriert, dass das Gymnasium das Nonplusultra sei. Schafft man es nicht ins Gymnasium, ist man ultimativer Verlierer der Gesellschaft. So wird es zumindest von Parteien dargestellt, die zu 99 Prozent aus Akademikern bestehen. Es gibt aber sehr viele Schüler aus der Sekundarstufe A, B und C, die glücklich ins Berufsleben starten. Es müssen nicht alle ins Gymnasium, das sollte nicht das Ziel sein. Die Sekundarschule muss attraktiver und nicht panisch abgewertet werden. Zur Chancengleichheit: Selbstverständlich hat man einen Vorteil, wenn man sich einen teuren Vorbereitungskurs leisten kann. Auch mit staatlichen Kursen für alle wird das so bleiben. Ich behaupte aber, dass heute für jeden in der Stadt, der es wirklich möchte, genügend Materialien zur Verfügung stehen, zum Beispiel online. Auch in den Schulhäusern wird viel Unterstützung geboten. Wenn die Motivation da ist, wird es klappen, selbst ohne Geld.

**Sophie Blaser (AL):** Im Jahr 2017 hat Prof. Dr. Daniel Hofstetter aufgezeigt, dass vor allem die Machtkonstellation zwischen Elternhaus und Lehrpersonen für den Übertrittsentscheid in die Sekundarstufe 1 und ins Gymnasium entscheidend ist. Es ist davon auszugehen, dass diese Erkenntnis auf andere Stufen der schulischen Laufbahn übertragbar ist. Effektiver als Zusatzkurse wäre es darum, den «unconscious bias» von Lehrpersonen zu benennen und daran zu arbeiten. Der Stadtrat weist in seiner Antwort auf einen Bericht hin, in dem der «unconscious bias» benannt und Handlungsbedarf aufgezeigt wird. In der Praxis sieht man davon leider nichts. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Kommunikation mit den Eltern verbessert und das duale Bildungssystem besser erklärt werden soll. Kinder aus Haushalten mit tiefem sozioökonomischem Stand müssen nicht zum tausendsten Mal hören, dass sie in der Sekundarschule besser aufgehoben sind und später die Berufsmatur oder Passerelle machen können. Dass sich die Bürgerlichen gegen die Motion sträuben, ist nicht überraschend: Ihre Kinder sind nicht die schlauesten, sondern die privilegiertesten. Jedes Kind aus einer tieferen Schicht, das es ins Gymnasium schafft, nimmt einem Ihrer Kinder den Platz weg. Die Empfehlung von Stefan Urech (SVP) gehört an den SVP-Stammtisch. Für die Bekämpfung der Chancenungleichheit braucht es grundlegende, strukturelle Lösungen. Solange dies nicht passiert, braucht es die Vorschläge der Motion. Die AL unterstützt die Motion.

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** Die Motion unterscheidet sich darin vom Postulat GR Nr. 2018/317, dass sie den Eignungstest für verschiedene Berufslehren einbindet.



*Es geht nicht nur um das oft emotionale Thema der Maturitätsschulen. Wichtig ist festzuhalten, dass nicht alle ans Gymnasium gehen müssen. Das in der Motion erwähnte Postulat GR Nr. 2018/317 hat die GLP damals unterstützt, weil für uns feststeht, dass das Portemonnaie der Eltern nicht allein bestimmen darf, ob ein Kind es ans Gymnasium schafft. Im Grundsatz unterstützen wir das Anliegen von Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP). Gleichzeitig teilen wir die Ansicht des Stadtrats, nach der sich in diesem Bereich einiges getan hat. So wird es weitergehen, eine Motion ist nicht nötig. Sie sollte in ein Postulat umgewandelt werden, das wir gerne unterstützen werden.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Die Motion greift ein berechtigtes Anliegen auf. Der FDP ist es wichtig, dass Kinder mit schlechteren Startchancen unterstützt werden. Auf einige Punkte möchte ich aber hinweisen. Auch wenn die Motion die Übergänge in die Berufswelt berücksichtigt, befürchten wir, dass mehr Kinder ans Gymnasium gedrängt werden und das duale Bildungssystem geschwächt wird. Dieses System bietet viele Chancen. Chancengleichheit bedeutet nicht eine möglichst hohe «Gymiquote». Vollkommene Chancengleichheit ist illusorisch, ein paar Kurse werden das nicht ändern. Trotzdem tragen sie einen kleinen Teil dazu bei, weswegen die FDP dem Anliegen zustimmt.*

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** *Das Anliegen ist durchaus sinnvoll und prüfenswert, da es die Chancengleichheit verbessern könnte. Wir haben jedoch zwei Kritikpunkte. Einerseits soll es nicht übertrieben werden. In Berlin werden Gymnasiumsplätze zum Beispiel ausgelost, um die soziale Durchmischung zu fördern. Andererseits müssen wir aufpassen, dass die im dualen Bildungssystem flexiblen handwerklichen Bereiche nicht geschädigt werden. Dort besteht akuter Fachkräftemangel. Ausserdem stimmt es nicht, dass nur Akademiker aufsteigen können. Häufig ist das Gegenteil der Fall. Zudem sagt der Stadtrat zu Recht, dass die vorgesehenen Umsetzungsmassnahmen umfangreicher sind als das Postulat. Daher lehnen wir die Motion ab, stimmen dem Postulat aber zu.*

**Liv Mahrer (SP)** *ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wie Balz Bürgisser (Grüne) klagemacht hat, werden an den Übergängen in der Bildung Weichen gestellt. Aber ganz ehrlich: Beim Übergang in die Sekundarstufe ist der Zug bereits abgefahren. Chancengerechtigkeit sollte von Geburt an gefördert werden. Die SP fordert darum schon lange eine ausgeglichene Elternzeit, damit die Kinder von Anfang an von beiden Elternteilen gleich gut gefördert werden können. Zudem soll es bezahlbare und qualitativ hochwertige Krippenplätze für alle geben. Bei den Übergängen innerhalb der Volksschule erwarten wir viel von der Tagesschule, die sich dem ganzen Lebensraum Schule widmet und das Potenzial hat, möglichst durchlässige Übergänge zu fördern. Natürlich möchten wir die Übergänge von der Volksschule zu weiteren Bildungsinstitutionen trotzdem besser gestalten und haben darum diese Motion eingereicht. Wir sind mit dem Vorschlag des Stadtrats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, einverstanden.*

**Roger Suter (FDP):** *Ich mache mich hiermit für das duale Bildungssystem stark. Wir haben die Möglichkeit, eine Lehre zu machen, und danach die Berufsmatur. Das ist wichtig. Viele interessieren sich erst später für die Matura, die sollen die Möglichkeit haben, sie nachzuholen. Ausserdem brauchen wir dringend Handwerker, besonders in Zeiten des Fachkräftemangels. Die Berufsmatura muss beibehalten werden.*



5 / 5

**Stefan Urech (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Die AL gibt sich als Arbeiterpartei und hält gleichzeitig ein despektierliches Votum zur Sekundarschule. Das hätte ich nicht erwartet. Als Sekundarlehrer fühle ich mich diskriminiert. Auch die Beschimpfungen der AL gehen nicht auf. Manchmal sind wir dumme Bünzlis, an anderen Tagen elitäre Bildungsbürger. Das kann man nicht ernstnehmen.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Linken haben heute oft gesagt, dass sie gegen Diskriminierung und Pauschalisierung ankämpfen wollen. Gleichzeitig haben sie skandiert, dass alle Kinder von Bürgerlichen dumm seien und nur wegen ihrer Privilegien Erfolg hätten. Die grösste Gegnerin der Chancengleichheit ist nicht das Gymnasium, sondern die gescheiterte integrative Schule. Dort sind Kinder dabei, die auf eine Sonderschule gehören. Sie stören den Unterricht und beeinträchtigen die Lernchancen der anderen Kinder.

**Sophie Blaser (AL):** Wenn man etwas abschaffen möchte, um die Chancengleichheit zu fördern, ist es das Langzeitgymnasium. Das ist bewiesen. Die erwähnten Studien von Prof. Dr. Hofstetter zeigen, dass die Beziehung und die Machtkonstellation zwischen Eltern und Lehrperson den grössten Effekt auf einen allfälligen Übertritt ins Gymnasium haben. Die Lehrpersonen antizipieren, wie viel Macht die Eltern in unserer Gesellschaft haben und schätzen die Kinder aufgrund dessen ein. Kinder, die Akademikereltern mit viel Geld haben, werden besser eingeschätzt und stärker gefördert. Ich bin ein Fan vom dualen Bildungssystem. Ich bin aber auch ein Kind aus schwachen sozioökonomischen Strukturen, dem gesagt wurde, ich solle nicht ins Gymnasium gehen. Tatsächlich bin ich für die Abschaffung des Langzeitgymnasiums. Diesen Fortschritt erreicht man aber auf andere Art und Weise. Wortwörtlich habe ich gesagt, dass Ihre Kinder nicht die schlauesten sind, im Sinne, dass der IQ über die gesamte Bevölkerung normalverteilt ist.

Das Postulat GR Nr. 2023/486 (statt Motion GR Nr. 2023/165, Umwandlung) wird mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat